

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/141

28. Juli 1971

Strauß tritt auf die Bühne

CSU meldet eigenen Kanzlerkandidaten an
Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Zum Thema Geschwindigkeitsbegrenzung

Verkehrssicherheit auf unseren Straßen
wird vordringlich

Von Dr. Hans Apel SPD-MdB
Vorsitzender des Verkehrsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Agrarpolitik verlangt Verantwortung

Alternative der CDU/CSU auch hier: Agitation

Von Lothar Löffler SPD-MdB
Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 5 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Euler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9103
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 535 84 22 947
perp A

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Strauß tritt auf die Bühne

CSU meldet eigenen Kanzlerkandidaten an

Die bayerische CSU hat in den wuchernden Wildwuchs des Kanzlerkandidatenproblems der Unions-Parteien eine breite Schneise gehauen. Die Frage, wen die CDU und die CSU im Jahre 1973 dem Bundestagswähler als Gegenkandidaten gegen Willy Brandt präsentieren werden, ist mit einem Schlag zugleich konturierter und doch noch verwirrender geworden. Die CSU, die bisher durch ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Candidus Barzel den Weg nicht nur zur Parteichefnachfolge, sondern auch zum Kanzlerkandidaten zu bahnen schien, hat sich jetzt für ihren eigenen Mann entschieden: Das Strauß-Blatt "Bayerkurier" hat Strauß formell als Kanzler-Mitkandidaten nominiert.

Für die CDU ist diese Führungsfrage jetzt zu einer gefährlichen Zerreißprobe geworden. Schon das Hin und Her um Dr. Barzel, Dr. Helmut Kohl, Dr. Gerhard Schröder, Heinrich Köppler und Dr. Gerhard Stoltenberg in dem Teilproblem Parteivorsitz-Nachfolge nach Kiesinger, Erhard und Adenauer - die Serie zeigt im übrigen eine bemerkenswerte Niveau-Deskalation - hatte die CDU-Mitgliedschaft in eine dauernde Unruhe und in den wachsenden Zweifel an der notwendigen Gelassenheit der Führungsgarnitur versetzt. Immerhin schien sich allmählich eine Alternative Barzel-Kohl am Parteihorizont abzuzeichnen, wenngleich die Äußerungen aus dem Parteivolk deutlich genug erkennen ließen, daß man eines besseren Personalangebots froh wäre. Dies umso mehr, als das Drängen Barzels, Partei-

vorsitzbewerber und Kanzlerkandidat in einem zu werden, vor allem die Junge Union und den linken Parteiflügel in tiefe Gewissenskonflikte treiben muß.

Dennoch und trotz allem: Man wählte Strauß immerhin an Barzels Seite, und die ersten Warnungen aus Bayern, daß diese Hilfe nur für den Parteivorsitz, nicht aber für die Kanzlerkandidatur gelten könne, wurden, wie so vieles in der CDU, einfach verschluckt. Jetzt ist aller Illusionen Abend, denn gleichgültig, ob sich der Saarbrücker CDU-Parteitag für Barzel oder Kohl entscheiden möge, im Jahre 1973 tritt neben den CDU-Vorsitzer Barzel oder Kohl oder sonstwer der Kanzlerkandidatur-Mitbewerber Franz Josef Strauß. Er wird damit die Unions-Schwesterpartei CDU zu einer Entscheidung zwingen, die in der Vorbereitung und im Vollzug zu Auseinandersetzungen führen muß, die ans Mark gehen werden. Franz Josef Strauß ist in jeder Beziehung ein Programm: als Person und als Politiker, und dieses Programm läßt kein Ausweichen zu. Zudem sieht es so aus, als ob Strauß jede auch so unpassende Gelegenheit wahrnimmt, um sich und seine Politik und damit auch seine Partei so zu profilieren, daß die Konfrontation und der Konflikt zu einem Muß wird, wenn die CDU nicht ihr Gesicht verlieren will.

Für die große Mehrheit der bundesdeutschen außerhalb der CDU und der CSU ist diese Konflikt-Konfrontation alles andere als ein Schauspiel, das zum Wohlbefinden führen könnte. Sie muß, weil Strauß Strauß ist, tiefes Unbehagen und große Sorgen auslösen. Wir sind alle beteiligt, und so oder so auch betroffen.

(ce/wr/28.7.1971/bgy)

+ + +

Zum Thema Geschwindigkeitsbegrenzung

Verkehrssicherheit auf unseren Straßen wird vordringlich

Von Dr. Hans Apol SPD-MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Diskussion um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den deutschen Straßen tritt in ihr entscheidendes Stadium ein. Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages hatte im letzten Winter bei der Beratung der neuen Straßenverkehrsordnung auch das Thema "Geschwindigkeitsbegrenzungen auf zweibahnigen Landstraßen" behandelt. Eine Reihe seiner Mitglieder sprach sich damals für diese Straßen für eine Begrenzung bei 110/120 Stundenkilometern aus. Das Bundesverkehrsministerium hatte eine gründliche Prüfung zugesagt, die jetzt anscheinend abgeschlossen ist, denn der Bundesverkehrsminister hat zu diesem Thema klar Stellung bezogen.

Der Verkehrsausschuß wird sich noch seine Meinung bilden müssen. Er wird dabei u.a. folgendes zu beachten haben:

1/ Eine detaillierte Geschwindigkeitsbegrenzung, die von Streckenabschnitt zu Streckenabschnitt wechselt, wäre ideal, ist aber nicht praktikabel. Also wird es zu einer generellen Regelung kommen müssen, die zwangsläufig für die gut ausgebauten wie für die schlechten, engen und kurvenreichen Straßen gilt.

2/ Die Höchstgeschwindigkeit für LKWs und Busse liegt bei 80 Stundenkilometern. Beim Überholen soll mindestens um ein Drittel schneller gefahren werden. Das bedingt eine Höchstgeschwindigkeit für die PKWs von etwa 110/120 km/h, falls nicht die Höchstgeschwindigkeit der LKWs auf diesen Straßen herabgesetzt werden soll.

3/ Bei Geschwindigkeitsbegrenzungen auf allen zweibahnigen Landstraßen muß die Relation zu den Bundesautobahnen gesehen

werden. Wenn die Höchstgeschwindigkeit auf den Autobahnen unlimitiert bleibt, dürfen die PKWs auf den sie begleitenden Landstraßen nicht zu sehr in ihrer Höchstgeschwindigkeit begrenzt werden, wenn nicht zusätzlicher PKW-Verkehr auf die sowieso schon überlasteten Autobahnen gelockt werden soll. Es muß auch eine vernünftige Relation zwischen dem Recht auf Schnellfahren auf den Autobahnen und dem Limit auf den Straßen mit Gegenverkehr gefunden werden, um dem Autofahrer die Umstellung vom einen auf den anderen Straßentyp zu erleichtern.

4/ Die Geschwindigkeitsbegrenzung muß so dosiert sein, daß sie von der großen Mehrheit der Autofahrer akzeptiert wird, denn Kontrollen im großen Maße werden sowieso nicht möglich sein. Dabei muß auch bedacht werden, daß eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung bei uns keine Vorgänger hat und daß deshalb behutsam vorgegangen werden muß.

5/ Wichtige westeuropäische Nachbarstaaten - Frankreich und Großbritannien - liegen bei ihren national unterschiedlich praktizierten Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich 110/120 km/h. Es sollte angesichts des riesenhaften internationalen PKW-Verkehrs insbesondere zu den Urlaubszeiten eine angeglichenere europäische Lösung gefunden werden. Sonst ist zu befürchten, daß bei den europäischen Autofahrern die Verwirrung eher zunimmt.

Niemand sollte zudem übersehen, daß eine Geschwindigkeitsbegrenzung nur eines der Elemente eines umfassenden Konzepts einer Erhöhung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen sein kann. Eine Reihe weiterer Schritte auch im Bereich der Verkehrserziehung und Aufklärung müssen folgen. Die Beantwortung einer kleinen Anfrage der Koalitionsfraktionen zum Thema "Verkehrssicherheit" durch den Bundesverkehrsminister macht deutlich, daß die Bundesregierung mit Nachdruck daran arbeitet.

(-/wr/28.7.1971/rs)

+ + +

Agrarpolitik verlangt Verantwortung

Alternative der CDU/CSU auch hier: Agitation

Von Lothar Löffler SPD-MdB

Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Sommer ist die Reifezeit. Aber nicht für die CDU/CSU-Fraktion. Bei ihr reift immer noch nicht die Erkenntnis, daß man der deutschen Landwirtschaft nicht damit hilft, wenn man ständig auf dem Rücken dieser zweifellos benachteiligten Gruppe in unserer Gesellschaft die Konfrontation um jeden Preis mit der Bundesregierung sucht. So hört man von Sprechern der Unions-Fraktion, der Bundeslandwirtschafts/Ernährungsminister Josef Ertl sei von der Schuld am Niedergang der Landwirtschaft nicht freizusprechen, und die Regierungskoalition behindere eine Einkommensverbesserung für die Landwirtschaft, indem sie den Antrag der Opposition auf eine dreiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer blockiere.

In ihrer Besorgnis um die bäuerlichen Wählerstimmen kneift die CDU beide Augen zu, um bestimmte Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen - Tatsachen, die freilich allzu offenkundig sind:

1/ Die heutige Misere in der deutschen Landwirtschaft ist im wesentlichen eine Folge der verfehlten Agrarpolitik der Unionsparteien in den zurückliegenden 20 Jahren; das will die CDU/CSU mit allen Agitationsmitteln vergessen machen.

2/ Bundesminister Ertl ist derjenige Minister, der bei den Preisverhandlungen in Brüssel bisher die meisten Verbesserungen für die deutsche Landwirtschaft herausgeholt hat.

3/ Die Koalition hat der CDU/CSU-Fraktion angeboten, nach Beruhigung saisonaler Preisschwankungen und dem Abschluß der Agrarpreisverhandlungen in Brüssel im Herbst über die Notwendigkeit einer Anhebung der Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Produkte sachlich zu beraten.

4/ Man kann nicht ständig über den Zerfall der Preisstabilität klagen und auf der anderen Seite ohne eingehende volkswirtschaftliche Prüfung Maßnahmen beschließen wollen, die zu einer zusätzlichen Geldentwertungsrate von mindestens 0,3 vH. führen und die für die deutsche Landwirtschaft vielleicht nicht die Hilfe bringt, die man sich erhofft.

Dieser Tatsachenkatalog könnte mühelos fortgesetzt werden. Doch was gelten schon Tatsachen bei der CDU/CSU? Sie hat ihre vorgefaßte Meinung und ihre starren Vorurteile und sie bleibt dabei.

Die sozialliberale Regierungskoalition kann es sich aus Verantwortungsbewußtsein nicht leisten, solche vorgefaßte Meinungen und Vorurteile zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Sie bleibt bei ihrer sachlich gerechtfertigten Agrarpolitik, deren Ziel es nicht ist, Pflästerchen aufzukleben, sondern die Existenz der Menschen auf dem Lande besser zu sichern. (-/wr/28.7.1971/ks)